

## **Brüchige Arbeitswelt. Verletzbar Gesellschaft. Ostdeutsche Zustände<sup>1</sup>**

**Berthold Vogel**

3. Oktober 1990. Die Verträge sind unterschrieben, die Verhandlungen beendet, die Reden gehalten. Für die Menschen in der DDR, die nun „im Beitrittsgebiet“ leben, bricht eine neue Zeitrechnung an, die Hoffnungen weckt: Die Hoffnung auf persönliche und politische Freiheiten, die Hoffnung auf erweiterte Konsummöglichkeiten, die Hoffnung auf erträgliche und produktive Arbeitsbedingungen - kurzum: die Hoffnung auf ein besseres Leben. Doch die Hoffnungen und Erwartungen, die in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse gesetzt wurden, kollidierten rasch mit der Realität des wirtschaftlichen Wandels. Die herbeigesehnte und herbeigewählte Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 führte zum Kollaps der DDR-Ökonomie. Die Exportmärkte für Waren aus der DDR brachen innerhalb weniger Wochen zusammen, während sich im Gegenzug die Ostregale mit Westwaren füllten. Die Treuhandanstalt wurde zur umstrittenen Sachwalterin des Volkvermögens. Binnen kurzer Zeit verschwanden ganze Industriezweige und Produktionsbereiche von der Landkarte der Arbeitsgesellschaft. Ein beispielloser Prozess der Deindustrialisierung nahm seinen Anfang. Der Ruin und der Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft schufen neue Ungleichheiten, neue Unsicherheiten und neue Ungerechtigkeiten.

### **Die Geburt der Gesellschaft aus dem Geiste der Betriebsstillegung**

Die Zahl derer, die seit dem Sommer 1990 ihren Arbeitsplatz verloren, wuchs schlagartig. Ohne Arbeit in den Kapitalismus - diese Erfahrung machen Junge und Alte, Männer und Frauen, Bandarbeiter und Bürokräfte. So kletterte die Zahl der Arbeitslosen bereits in den ersten Monaten der deutschen Einheit auf über eine Million. Aber auch die Zahl der Kurzarbeiter, die Zahl der Teilnehmer an arbeitsschaffenden und qualifizierenden Maßnahmen und die Zahl der Vorrüheständler, die mehr oder weniger sachte aus dem Erwerbsleben verdrängt wurden, ging rasch in die Millionen. Mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung Ostdeutschlands machte in den ersten Jahren nach der Wende Erfahrung mit Arbeitslosigkeit. Drei Viertel der Erwerbstätigen wurden im selben Zeitraum von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen erfasst. Je nach Region und Wirtschaftsbranche schrumpfte die Industriebeschäftigung in den neuen Bundesländern auf ein Drittel bis ein Zehntel des Ausgangsniveaus von 1989. Noch schlimmer erging es dem Agrarsektor, nicht viel besser dem Handel. Nur ein Viertel der Erwerbstätigen von 1989 behielten in den turbulenten Wendejahren bis 1994 ihren Arbeitsplatz. Ungeheure Zahlen.

Der Mehrheit der ostdeutschen Erwerbstätigen wurde mit der Wende der Boden unter den Füßen weggezogen. Doch zugleich wurden staatlicherseits neue Auffangnetze gespannt. Hierin unterscheidet sich der Umbruch in

---

<sup>1</sup> Grundlage des Textes ist ein Vortrag des Autors an der Berliner Volksbühne zur Bilanz der Deutschen Einheit.

der DDR fundamental von der Entwicklung in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, die nach 1989 mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren. Auch Struktur und Form der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind in doppelter Hinsicht ein Sonderfall. Im Unterschied zur „westeuropäischen“ Arbeitslosigkeit ist sie das Ergebnis eines umfassenden ökonomischen Zusammenbruchs. Im Unterschied zur „osteuropäischen“ Arbeitslosigkeit ist sie in einen umfassenden Institutionentransfer eingebunden. Die rasche Umgestaltung des Wirtschafts-, Verwaltungs- und Rechtssystems nach westdeutschem Muster und durch westdeutsches Personal beschleunigt und dramatisiert zwar den Wandel der Arbeitswelt, schafft aber auch neue Sicherheiten und sorgt für soziale und politische Stabilität. Lokale Beschäftigungsgesellschaften treten nun an die Stelle der liquidierten Betriebe. Die Schulbänke der Weiterbildungseinrichtung ersetzen den Arbeitsplatz in der Werkhalle oder im Büro. Der Status des Kurzarbeiters oder Vorruehständlers schützt vor dem Status des Arbeitslosen. Kurzum, die Architektur der in Ostdeutschland praktizierten Arbeitsmarktpolitik zielt gleichermaßen auf Integration und Selektion, auf die Einbindung in neue Beschäftigungsformen und auf eine sozialverträgliche Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung.

Im Zuge der Etablierung eines Arbeitsmarktes nach westdeutschem Muster verändern sich mithin die Zutrittsbedingungen und die Zugangsmöglichkeiten zum Erwerbsleben. Die Grenzen zwischen der Erwerbstätigkeit und den unterschiedlichen Formen der Nichterwerbstätigkeit verschieben sich - die Altersgrenzen zu Lasten der über 50jährigen; die Geschlechtergrenzen zu Lasten der Arbeiterinnen aus Industrie, Landwirtschaft und Handel; die Qualifikationsgrenzen zu Lasten der un- und angelernten Arbeitskräfte und die räumlichen und zeitlichen Grenzen zu Lasten derer, die aufgrund ihrer familiären oder gesundheitlichen Situation den neuen Mobilitätsanforderungen nicht genügen können. Diese veränderten Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsleben diskriminieren die Arbeiterinnen und Arbeiter aus LPG und VEB in besonderem Maße. Doch mit dem Ende des Vereinigungsbooms in der Bauwirtschaft, mit

dem Scheitern betrieblicher Neugründungen der ersten Wendejahre, mit dem Aufbau sogenannter schlanker Verwaltungen und mit der Auflösung zahlreicher Beschäftigungsgesellschaften reicht die längerfristige Arbeitslosigkeit auch mehr und mehr in die Mitte der Gesellschaft hinein. Industriefacharbeiter, kaufmännische Angestellte und Bauhandwerker geraten in Zeiten der abflauenden Konjunktur und gebremster Arbeitsförderung unter den Druck sozialer Ausgrenzung.

### **„Die Hoffnung ist da, aber ich glaube nicht daran“ - ohne Arbeit im Kapitalismus**

Nach 1990 machen alle Erwerbstätigen die Erfahrung, dass die eigene Arbeitskraft, die zu DDR-Zeiten ein begehrtes und nachgefragtes Gut war, neu taxiert wird. Die Bedingungen des Arbeitsmarktes relativieren den Wert der Arbeitskraft. Das eigene Arbeitsvermögen ist nun auf ein Verwertungsinteresse angewiesen und trägt daher stets das Risiko in sich, keinen Abnehmer mehr zu finden, also im Extremfall überflüssig zu werden. Hinzu kommt die verunsichernde Erfahrung, dass der neue Arbeitsmarkt keine klaren Orientierungspunkte zur Fortsetzung des Erwerbslebens zu bieten vermag. Die Welt der Arbeit, der Betriebe und Berufe verändert sich radikal. Qualifikationen verfallen und neue werden gefordert. Befristete, instabile und diskontinuierliche Beschäftigungsformen gewinnen an Bedeutung - ob im Einzelhandel, im Reinigungs-, Hotel- und Gaststätten-gewerbe oder im Bauhandwerk und Transportsektor.

Diese flexiblen, knappen und durchlässigen Arbeitsformen vermitteln weder Dauerhaftigkeit noch Stabilität. Unsicherheit und Brüchigkeit sind die Kennzeichen der neuen Arbeitswelt. Die Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung und der Wiedereinstieg in einen kalkulierbaren Berufsweg erweisen sich daher für viele Arbeitslose als schwierig. Daran ändert bis heute auch der intensive Einsatz von Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nichts. Im Gegenteil befürchten viele Arbeitslose, dass diese Maßnahmen häufig nicht zur Stabilisierung der Erwerbslaufbahn führen, sondern

zur Fortsetzung oder sogar Verstärkung der Instabilität. Und ihre Befürchtungen bestehen zu Recht. Am ostdeutschen Arbeitsmarkt sind regelrechte Maßnahmekarrieren zu beobachten, die langfristig eben nicht zur Wiedereingliederung, sondern zu einer allmählichen Verdrängung aus dem Erwerbsleben führen.

Eine weitere, sehr wichtige Erfahrung aller ostdeutschen Arbeitslosen besteht darin, dass der Verlust der Arbeit und eine beträchtliche Steigerung des persönlichen Wohlstands einander nicht ausschließen. Arbeitslosigkeits- und Wendeerfahrungen sind auf widersprüchliche Weise verknüpft. Für westdeutsche Arbeitslose ist es undenkbar, dass der Arbeitsplatzverlust mit einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität in anderen Bereichen zusammenfällt. Nicht so in Ostdeutschland: Das neue Auto und die Arbeitslosigkeit, die neu eingerichtete Wohnung und die Gefahr sozialen Ausschlusses – beides ist erst durch die Wende möglich geworden. Die Paradoxie der ostdeutschen Arbeitslosigkeitserfahrung besteht darin, dass selbst diejenigen, die im Umbruch ihre Arbeit verloren haben, dennoch an Wohlstand gewinnen. Trotzdem laufen sie als Arbeitslose über kurz oder lang Gefahr, von den Konsum- und Lebensstandards im neuen Deutschland ausgeschlossen zu werden. Verwandte, Nachbarn oder ehemalige Arbeitskollegen steigen auf und etablieren sich, während man selbst zurückbleibt, wenn auch auf höherem Wohlfahrtsniveau. In einem Umfeld rascher Veränderungen und neuer Gelegenheiten wird gerade die längerfristige Arbeitslosigkeit als bedrückender Stillstand empfunden. Der rapide soziale Wandel und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Lebens bilden den Resonanzboden, der die Erfahrungen des Arbeitsplatzverlustes besonders dramatisch spürbar macht.

Zudem bietet das jetzt im Vergleich zur DDR vorhandene breite und vielgestaltige Konsumangebot Spielräume und Möglichkeiten, sich voneinander abzuheben und soziale Abstände zu markieren. Hierbei nicht mithalten zu können und zusehen zu müssen, wie die „Anderen“ vorankommen, ist für die Mehrheit der Arbeitslosen sehr schmerzlich. Gefühle sozialer Unterlegenheit sind die

Folge. Es zeigt sich, dass die Arbeitslosen immer weniger mit denen Vergleiche ziehen, denen dasselbe widerfahren ist wie ihnen, sondern immer mehr mit denjenigen, die es geschafft haben, sich am Arbeitsmarkt zu behaupten und durchzusetzen. Infolge des gesellschaftlichen Umbruchs beginnen sich somit auch die Bezugspunkte und die sozialen Maßstäbe zu verändern, an denen man andere misst und an denen man selbst gemessen wird.

Wie verarbeiten die Arbeitslosen unter den genannten Rahmenbedingungen ihre Situation? Nur sehr wenige Arbeitslose können ihrer Situation etwas Positives abgewinnen. Am ehesten gelingt das noch den qualifizierten und jüngeren Arbeitslosen, die auf einen beruflichen Neuanfang hoffen. Sie erwarten von den neuen Verhältnissen mehr Leistungsgerechtigkeit und bessere Aufstiegsperspektiven. Die Mehrheit der arbeitslosen Frauen und Männer kämpft dagegen an, vom Arbeitsmarkt verdrängt, ausgegrenzt zu werden. In ihrem Bemühen, in irgendeiner Weise Anschluss an Erwerbsarbeit zu halten, geben sie ihre Ansprüche an Erwerbsarbeit preis und unterwerfen sich den veränderten Arbeitsmarktbedingungen. Doch häufig kommen sie trotz aller Anstrengungen über Gelegenheitsjobs oder die Warteschleifen der öffentlichen Beschäftigungsförderung nicht hinaus. Mit der Arbeitslosigkeit gehen Handlungssicherheiten verloren, soziale Bindungen werden brüchig und Zukunftserwartungen fragwürdig. An der Vergangenheit können sie sich nicht mehr orientieren, aber ein Weg nach vorn, der ihrem Leben wieder Stabilität verleiht, ist auch nur schwer erkennbar. Ihre Aktivitäten um Rückkehr in Beschäftigung hält die Mehrheit der Arbeitslosen jedoch aufrecht, obgleich sie darum wissen, dass ihre Anstrengungen am Arbeitsmarkt mehr und mehr ins Leere laufen.

Eine wachsende Zahl von Arbeitslosen hat dagegen ihre Bemühungen um Rückkehr in Arbeit eingestellt. Sie haben sich aufgegeben. Bei Bewerbungen oder beim Besuch des Arbeitsamtes bekommen diese Arbeitslosen deutlich zu spüren, dass für ihre Arbeitskraft kein Bedarf mehr besteht. Mit dem Ende der DDR und dem Zu-

sammenbruch ihres Wirtschaftssystems begann ihr beruflicher und sozialer Absturz. Diese Arbeitslosen sehen sich als Wendeverlierer und als Ausgeschlossene, für die in der neuen Gesellschaftsordnung und am neuen Arbeitsmarkt kein Platz mehr ist. Dennoch bekommen gerade diese Arbeitslosen, die nach der Wende in die sozialen Randlagen der Dauerarbeitslosigkeit abgedrängt wurden, die neue Gesellschaft in ihren Ansprüchen, Standards und Anforderungen am stärksten zu spüren. Denn niemand kennt die Standards einer im Durchschnitt wohlhabenden Gesellschaft besser als der, der sie nicht zu erfüllen vermag. Um nicht unablässig mit diesen Standards konfrontiert zu werden, haben sich diese Arbeitslosen aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgezogen. Ihr Bewusstsein und Handeln wird von Melancholie und Resignation bestimmt.

### **Menetekel Ost?**

Ostdeutschland ist heute eine gesplante Gesellschaft. Zehn Jahre nach der staatlichen Einheit treffen wir auf ein spannungsreiches Nebeneinander und Gegeneinander von Massenarbeitslosigkeit und enormer Wohlstandssteigerung, von wirtschaftlichem Niedergang und betrieblicher Innovation, von verlassenem Regionen und leistungsfähiger Infrastruktur, von industrieller Brache und restaurierter Innenstadt, von sozialer Ausgrenzung und neuem Mittelstand. Der fundamentale Umbruch der Arbeitswelt hat freilich die tiefsten Spuren hinterlassen - in den Strukturen des Sozialgefüges, in den Biographien der Menschen, im kollektiven Gedächtnis der Ostdeutschen. Periodische oder dauerhafte Arbeitslosigkeit kontrastiert mit dem neuem Wohlstand, der sehr rasch zur Selbstverständlichkeit wurde.

Versucht man ein Gesamtbild der Entwicklung von Arbeit und Beschäftigung in Ostdeutschland seit der Wende zu gewinnen, dann deutet vieles auf folgendes Szenario hin: Die Reduzierung und Differenzierung von Beschäftigung lässt im Osten Deutschlands eine Zwei-Drittel-Gesellschaft neuen Typs entstehen. Während es einem guten Drittel der Erwerbsbevölkerung in der ost-

deutschen Arbeitsgesellschaft nach der Wende gelungen ist, sich dauerhaft im neuen Beschäftigungssystem zu etablieren, befinden sich etwa zwei Drittel mehrheitlich in einer instabilen und unsicheren Erwerbsposition bzw. eine starke Minderheit droht ganz und gar den Zugang zur Arbeit zu verlieren. Das Bild der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, das für die westdeutsche Gesellschaft der 80er Jahre Tendenzen der Spaltung, aber eben auch der sozialen Stabilität für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung suggerierte, erhält nun im Kontext der ostdeutschen Entwicklung eine neue Bedeutung: das Maß an Verletzbarkeit sozialer und beruflicher Lagen ist stark gestiegen. In weiten Kreisen der erwerbstätigen Bevölkerung hat das Arbeitsleben an Sicherheit, Stabilität und Dauerhaftigkeit verloren.

In besonderem Maße bekommen das diejenigen zu spüren, die ganz und gar aus der Welt der Erwerbsarbeit herausfallen. An den Rändern der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft hat sich im Zuge verschärfter sozialer Ausgrenzung und wachsender Langzeitarbeitslosigkeit eine Soziallage der Überflüssigen und Entbehrlichen herausgebildet. Zum neuen Erwerbssystem und zu den neuen Berufsfeldern finden sie keinen Zugang mehr. Neue Anforderungen an die Mobilität, Qualifikation und das persönliche soziale Profil der Arbeitskräfte werden für sie zu unüberwindbaren Barrieren am Arbeitsmarkt. Der Begriff der Überflüssigkeit kennzeichnet die depressive Realität derjenigen, die in der tiefgreifend veränderten symbolischen Ordnung der sozialen und beruflichen Statuspositionen für sich keinen Platz mehr finden können.

Menetekel Ost? Kehren in der Epoche der Deindustrialisierung die gefährlichen Klassen des Zeitalters der Industrialisierung wieder? Wohl kaum. Denn Arbeitslosigkeit in ihrer modernen, wohlfahrtsstaatlich geprägten Form vereinzelt und drängt nicht zum gemeinsamen Handeln. Das gilt für Ost und West gleichermaßen. In einer Gesellschaft, in der Identität, Prestige und Sozialstatus sehr eng mit dem Erwerbstätigkeitsein verknüpft sind, wird der Verlust der Erwerbsarbeit für die große Mehrheit der Betroffenen zu einer beschämenden und

demoralisierenden Sozialerfahrung. Arbeitslosigkeit, auch Massenarbeitslosigkeit, produziert keine Revolten, sie macht einsam. Ist das ein Trost? Eher nicht.

Denn ohne Erwerbsarbeit zu sein, ist nicht nur das Problem derjenigen, die in die depressiven Randlagen der Überzähligen und Überflüssigen abgedrängt werden. Den Schwund der Erwerbsarbeit bekommen auch die zu spüren, die noch in Arbeit stehen. Es ist kein Zufall, dass in Ostdeutschland das Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen und das Drücken von Löhnen zum betrieblichen Alltag gehören. Auch das Misstrauen gegenüber dem neuen rechtsstaatlichen Institutionengefüge oder der unter ostdeutschen Jugendlichen grassierende Rechtsextremismus sind wohl kaum als spezifische ost-

deutsche Mentalitätsdefizite zu werten, sondern können nur vor dem Hintergrund eines labilen Erwerbssystems verstanden werden, das immer mehr Menschen ausschließt. In diesem Kontext findet auch ein neuer arbeitsmarktpolitischer „Autoritarismus“ (Ralf Dahrendorf) seinen Nährboden. Dieser Autoritarismus zielt auf unbedingte Arbeitsbereitschaft, auf niedrige Löhne und auf die verschärfte Kontrolle von Hilfeempfängern. Bürgerrechte werden mit Verweis auf Bürgerpflichten eingeschränkt. Die ostdeutschen Zustände bieten sich als ein Exerzierfeld repressiver arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Praxen geradezu an. Liegt also in der Arbeitswelt Ostdeutschlands die Zukunft der Erwerbsarbeit? Zeigt der Osten dem Westen, wie wir zukünftig arbeiten und leben werden?